

Theaterstück Skriptentwurf

Anwesende SRzG-ler und ihre Rollen

- Bürger:in 1: Arthur Kießling
- Bürger:in 2: Katharina Wimmer
- Adelige:r 1: Laura Fabeck
- Adelige:r 2: Jörg Tremmel
- Kamerafrau der SRzG: Luise Roither
- einige Statist:innen, die im Kreis zum die Sprechenden herumstehen

Szene: Vor dem Bundestag ist eine Gruppe von Menschen versammelt. Unter ihnen sind, der Kleidung nach zu urteilen, sowohl Adelige als auch Bürger:innen.

Sie stehen getrennt voneinander, sind in eigene Gespräche vertieft.

Bürger:in 1: Also ich verstehe das nicht. Ständig wird über die Rente geredet, ja gestritten sogar und die Abgeordneten...

Bürger:in 2 (unterbricht Bürger:in 1, aufgebracht): Die sind überhaupt nicht betroffen!

Statisten: Darauf folgt aufgeregtes Gemurmel und zustimmende Kommentare wie etwa: „Richtig!“ oder „Genau!“

Bürger:in 1: Ganz genau! Bereits nach einer einzigen Wahlperiode von vier Jahren besteht ein Altersentschädigungsanspruch von etwa 1.032 Euro. Das entspricht dem Siebenfachen der Rentenanwartschaft von unsersgleichen. Unfair finde ich das! Die haben doch eine Vorbildfunktion! Und durch ihr Pensionsprivileg zeigen sie doch allen, dass sie der gesetzlichen Rentenversicherung nichts mehr zutrauen. Sonst würden sie sich ja auch selbst einbeziehen.

Die Adelligen, die bis jetzt im Hintergrund so getan haben, als würden sie nicht zuhören und sich von der Gruppe der Bürger:innen abgrenzen werden auf einmal hellhörig.

Adelige:r 1: Also so etwas verbitte ich mir. Wir haben eben eine ganz **besondere** Verantwortung. Wir machen **Gesetze**.

Bürger:in 2 (aufgebracht): Die euch nicht betreffen! Anders als in Österreich, der Schweiz, den Niederlanden, Polen, Portugal, Spanien, Serbien, Slowakei, Slowenien und vielen anderen Ländern. Überall dort wurden früher geltende Sonderregelungen für Abgeordnete in den letzten Jahren abgeschafft, oder bestanden noch nie. Und dort machen die Abgeordneten auch Gesetze! Sagt euch das Wort „Solidargemeinschaft“ eigentlich etwas?

Statisten: Aufgebrachte Zustimmung der Bürger:innen. Die Adelligen bleiben etwas zurückhaltender – arroganter.

Adelige:r 2: Na, jedenfalls besagt es nicht, dass ich in die Rentenkasse einzahlen muss.

Bürger:in 2 (ironisch): Nein, natürlich nicht... Es bedeutet ja nur, dass man vielleicht auch mal seinen eigenen Vorteil hintanstellt, um gemeinsame Verantwortung zu übernehmen. Völlig unwichtig.

Adelige:r 1 (bemerkt die Ironie nicht): Richtig.

Adelige:r 2 : Unsere Altersversorgung, die Sie für ein >Pensionsprivileg< halten, kann man gar nicht mit der Rentenkasse vergleichen.

Bürger:in 1 (empört): Nicht vergleichen?!

Bürger:in 2 (ebenso empört): Ohne Mathe-Studium *kann* man das in der Tat nicht vergleichen. Euer ganzes System – diese Abgeordnetenpension - ist doch total intransparent. „Weil die Leute nicht verstehen, was hier eigentlich passiert, deshalb ist die Schere so groß geworden.“

Adelige:r 1 (hochnäsiger): Ach, man kann doch nicht erwarten, dass jedermann unsere hochkomplexen Regelungen durchschaut.

Adelige:r 2 nickt zustimmend. Die Bürger:innen blicken sich entgeistert an.

Adelige:r 2 (bemerkt die Reaktion der Bürger:innen): Sie tun ja so, als hätten wir keine wichtigeren Probleme. Haben wir aber: zum Beispiel der Krieg in der Ukraine, das marode Gesundheitswesen, die Misere bei der Deutschen Bahn, und so weiter und so weiter... (langgedehnte Stimme)

Bürger:in 2: Aber ihr könnt doch jetzt nicht einfach von eurem unverhältnismäßigen Pensionsprivileg ablenken, indem ihr sämtliche andere Probleme auflistet.

Adelige:r 2 (entgeistert): Unverhältnismäßig?!

Adelige:r 1: Also ich wiederhole mich hier, wir machen **Gesetze**. Da haben wir diese... diese....na ich sag mal: diese besondere Form der Altersversorgung... doch wohl verdient!

Bürger:in 1: Wobei ihr Euch der Solidargemeinschaft entzieht. Wenn jeder so handelt, bricht unser Land auseinander.

Bürger:in 2 (nickt zustimmend): Und fair ist es schon gar nicht.

Adelige:r 2: Nun aber mal langsam. Es ist ja nicht so, als würde **keiner** von uns die Abschaffung dieser Privilegien wollen. Ich zum Beispiel. **Ich** sage den Leuten schon seit mehreren Jahren, dass ich rein theoretisch gerne in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen würde. Das sage ich auch immer im Fernsehen.

Bürger:in 1: Rein theoretisch?

Adelige:r 2 (etwas weinerlich): Ja, ihr müsst verstehen... das ist alles so schwierig...

Bürger:in 1: Ach, so schwierig ist das doch gar nicht.

Adelige:r 2 (ausweichend): Jaaa... nein... also nein. Mhhh, tendenziell eher schwierig.

Bürger:innen blicken sich verständnislos an. Es herrscht kurzes schweigen, dann:

Bürger:in 2: Das könnt ihr doch jetzt nicht einfach so stehen lassen! Zeigt endlich Solidarität! Ihr seid Vorbilder!

Zustimmung durch weitere Bürger:innen, die Umstehenden klatschen.

Zum Darübereinkommen, ohne dass die Sätze 1 zu 1 übernommen werden können. Ein Theaterstück ist ja anders aufgebaut als ein Positionspapier.

Vorbildfunktion: „Steuermann, geh du voran!“

Durch den oben skizzierten Systemwechsel der Altersversorgung von Abgeordneten wären die Vertreter:innen des Volkes selbst von den von ihnen verabschiedeten Rentengesetzen betroffen. Wenn die gesetzliche Rentenversicherung in schwere See gerät, dann ist es wichtig, dass „die Steuerleute an Bord sind.“ Bisher ist es so, dass die Abgeordneten von gRV-Beitragssatzerhöhungen oder gRV-Leistungskürzungen, die der Bundestag beschließt, nicht selbst betroffen sind. Dies führt zu legitimer Kritik in der breiten Bevölkerung. Dadurch leidet das Ansehen der Bundestagsabgeordneten. Ein Beispiel für diesen Legitimitätsverlust war das (glücklicherweise gescheiterte) Rentenpaket II, das die Ampel-Koalition vor ihrem Zerbrechen geplant hatte. Dadurch wäre der Beitragssatz, den die Mitglieder der gRV hätten zahlen müssen, von heute 18,6% bis 2035 auf 22,3% eines Bruttolohns gestiegen – MdB hingegen wären nicht betroffen gewesen. Denn eine wirkungsgleiche Übertragung des Rentenpakets 2024 auf das Pensionssystem war im Rentenpaket II nicht geplant gewesen.

Diverse Verbände, z.B. DGB, SoVD, VdK, Der Paritätische, Volkssolidarität, AWO oder der Bund der Steuerzahler fordern ebenso wie wir, die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, eine Einbeziehung der MdB in die gesetzliche Rentenversicherung.¹

Kluft zwischen Worten und Taten schließen

¹ Und mehr als 170.000 Menschen haben eine entsprechende Petition bei Change.org unterschrieben: <https://www.change.org/p/wir-w%C3%BCnschen-uns-solidarit%C3%A4t-der-regierenden-mit-den-regierten-abschaffung-der-abgeordnetenpensionen>

Schon in der 19. Periode² und in der 20. Legislaturperiode³ hatten einzelne Abgeordnete des Bundestags selbst eine Reform ihres Altersversorgungssystems gefordert. Während der Wahlkampagnen zur Bundestagswahl im Februar 2025 haben dann erneut 45 Kandidierende (die dann auch tatsächlich gewählt wurden und heute Bundestagsabgeordnete sind) versprochen, sich für eine Reform stark zu machen. Dabei waren Mitglieder aller Parteien vertreten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.⁴ **Nachdem** man gewählt wurde, sollte man halten, was man **vor der Wahl im Wahlkampf** versprochen hatte. Abgeordnete haben kraft ihres Mandats die Möglichkeit, Gruppenanträge „aus der Mitte des Bundestags“ zu starten. Bei einem Gruppenantrag kommt der Gesetzentwurf nicht von einer oder mehreren Fraktionen oder der Regierungsmehrheit. Stattdessen kommt er von einer Gruppe von einzelnen Abgeordneten aus verschiedenen Fraktionen, die sich für einen Antrag zusammentun. Diese Gruppe muss ein Fünftel der Mitglieder des Bundestags ausmachen (vgl. §76 Absatz 1, Bundestagsgeschäftsordnung). Es gilt grundsätzlich §13 Absatz 1, BTGO: „Jedes Mitglied des Bundestages folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen.“

Der Politikwissenschaftler Uwe Krahnepohl schrieb bereits 2001 in seiner Veröffentlichung „Konsens im Konflikt? Inter- und überfraktionelle Initiativen im Deutschen Bundestag“ in der Zeitschrift für Parlamentsfragen:

„Gesellschaftliche Konfliktlinien, die gleichsam quer zu den parteipolitischen Fronten liegen, könnten in Zukunft virulenter werden, etwa intergenerationelle Konflikte durch Staatsverschuldung und die ungewisse Zukunft der Systeme sozialer Sicherheit. Ob diese Probleme mit den fraktionsinternen Prozeduren der Konfliktlösung und Kompromissuche stets effizient bearbeitet werden können, erscheint zumindest zweifelhaft. Dadurch könnte die fraktionsübergreifende Kooperation von Abgeordneten an Bedeutung gewinnen.“⁵

Diese Worte sind angesichts des Erstarkens der AfD im 21. Bundestag wichtiger denn je. Die Mitte muss jetzt handeln. Überparteilich.

² <https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2023/04/Gemeinsame-Erklaerung-von-5-MdBS-Absicherung-Alter-1.pdf>

³ https://generationengerechtigkeit.info/wp-content/uploads/2024/03/1_Stellungnahmen-SPD-CDU-Gruene-FDP_2023.pdf

⁴ <https://generationengerechtigkeit.info/reform-der-abgeordnetenpension-im-naechsten-bundestag/>

⁵ Kranepohl 2001.